



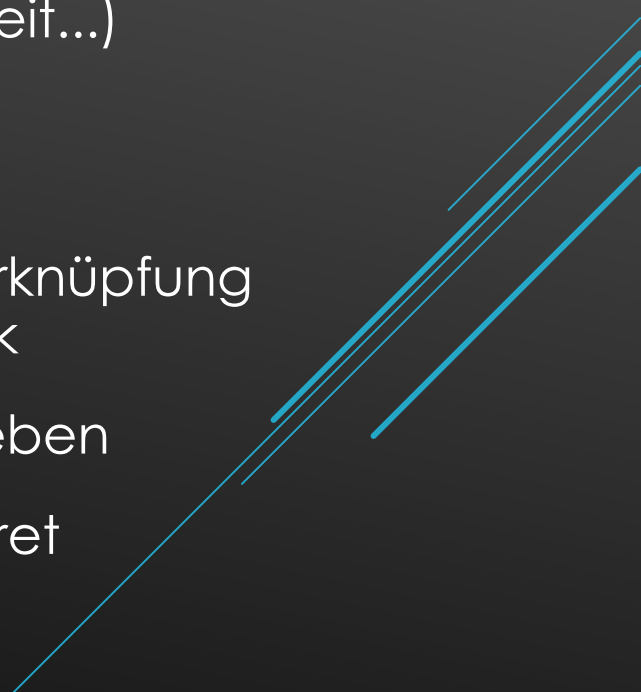
DIE (SOZIAL)POLITISCHE PROGRAMMATIK DER AFD

09.03.2024 – Bochum

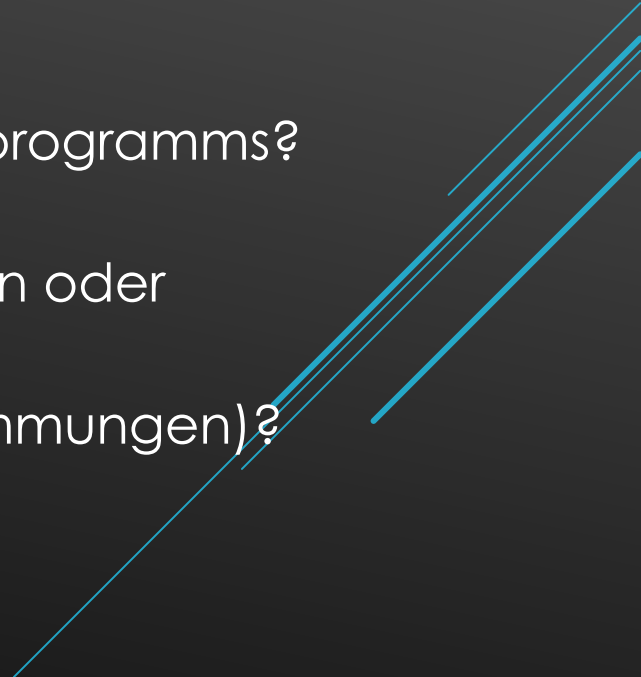
EINFÜHRUNG

- Neben ihrem Kernthema Migration erweitert die AfD durch sozialpolitische Forderungen gezielt ihr Wählerpotenzial
- Mit dem Parteitag in Essen im Juli 2015 startete sie den Versuch, ihr Image als neoliberale „Professoren-Partei“ abzustreifen und sich stärker als Kämpferin für soziale Gerechtigkeit zu inszenieren
- In der Kommunikation des Grundsatzprogramms von 2016 setzt sich dieser Kurs fort: *„Überall da, wo wir den Eindruck haben, dass der kleine Mann ungerecht behandelt wird, wollen wir uns dafür einsetzen, dass er gerecht behandelt wird.“* (Gauland 2016)
- Im Zuge der Inflationskrise adressiert sie ebenfalls Existenzsorgen & Ängste

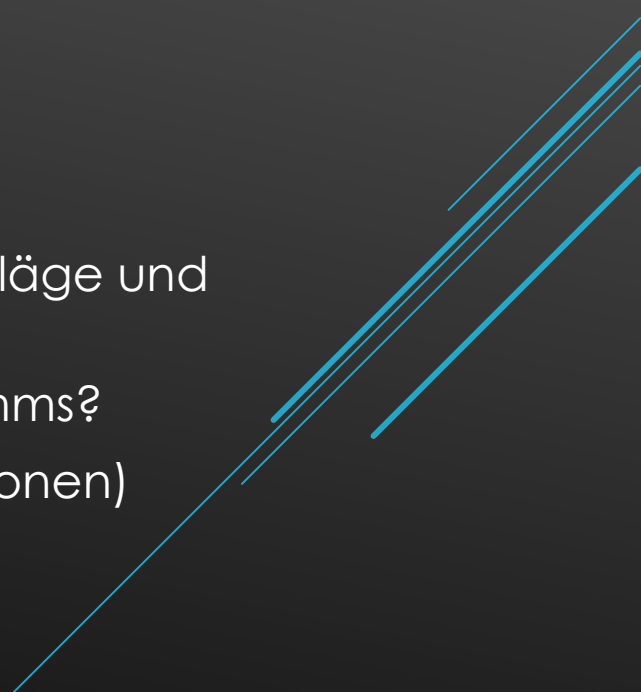
EINFÜHRUNG

- Sozialpolitik bietet sich als Feld für die AfD strategisch an, da die regierenden Parteien hier großen Unmut verursachen (Hartz-IV-/Bürgergeldsanktionen, Reallohnverlust, Mietenkrise, Inflation → Armut & soziale Ungleichheit...)
 - Eine Verknüpfung mit ihrem Kernthema, der (rassistischen) Kritik an Zuwanderung ist zudem einfach
 - Das instrumentelle Verhältnis zu sozialpolitischen Themen & die Verknüpfung mit anderen Politikfeldern erschwert die Analyse der Programmatik
 - Die Wahlprogramme sind sehr kurz & zur Eigendarstellung geschrieben
 - Das Grundsatzprogramm von 2016 bleibt an vielen Stellen unkonkret
- 


EINFÜHRUNG

- Durch Kontextualisierung können diese Schwierigkeiten teilweise überwunden werden, um zu eindeutigeren Analyseergebnisse zu kommen
 - Dafür gibt es drei Möglichkeiten:
 1. Welche Widersprüche ergeben sich innerhalb des Grundsatzprogramms? Insbesondere zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik?
 2. Welche Lücken & Kritikpunkte lassen sich durch eigenes Wissen oder zusätzliche Informationen identifizieren?
 3. Wie verhält sich die AfD in der täglichen Arbeit (z.B. bei Abstimmungen)?
- 

TEXTARBEIT GRUNDSATZPROGRAMM (2016)

- Gruppe 1: Arbeitsmarkt & Sozialpolitik (S. 34-38 + S. 61 – 9.2)
 - Gruppe 2: Wirtschaft, Finanzen & Steuern (S. 66-69 + 72-76)
 - Gruppe 3: Infrastruktur, Wohnen & Verkehr (S. 90-95)
 - Gruppenübergreifende Fragen:
 - Welche Probleme werden herausgestellt, was sind die Lösungsvorschläge und wie werden sie begründet?
 - Welche Widersprüche ergeben sich innerhalb des Grundsatzprogramms?
 - Welche Lücken & Kritikpunkte lassen sich (durch zusätzliche Informationen) identifizieren?
- 

TEXTARBEIT GRUNDSATZPROGRAMM (2016)

- Arbeitsmarkt & Sozialpolitik (S. 34-38 + S. 61 – 9.2)
 - Wird soziale Ungleichheit thematisiert?
 - Wenn ja, in welchem Zusammenhang?
 - Wirtschaft, Finanzen & Steuern (S. 66-69 + 72-76)
 - Welcher Mittelstandsbegriff liegt den Ausführungen zugrunde?
 - Wer soll entlastet bzw. belastet werden?
 - Infrastruktur, Wohnen & Verkehr (S. 90-95)
 - In welchem Verhältnis stehen Stadt & Land in den Augen der AfD?
 - Wohnungskrise: auf welcher Ebene werden die Probleme und Lösungen verortet?
- 

Wirtschaft, Finanzen & Steuern (S. 66-69 + 72-76)

- Die „Marktwirtschaft“ gilt ihr als „natürliche“ & „nachhaltige Ordnung“: Freier Wettbewerb, Leistungsprinzip & Markt sind die Leitprinzipien dieser neoliberalen Grundausrichtung
- Daraus wird als eine Kernforderung die absolute Vertragsfreiheit abgeleitet → keine sozialen oder ökologischen Standards in der Produktion, Arbeitsschutz etc.
- Positiver Bezug auf diffusen Mittelstand, der unterstützt werden soll
- Durch Deregulierung & Subventionsabbau sowie Steuersenkungen (z.B. Vermögens- und Erbschaftssteuer) → Mittelstand = Oberschicht?
- Insbesondere Selbstständigkeit soll als attraktive Option wieder gefördert werden, aber nicht durch soziale Absicherung (z.B. keine Integration in öffentliches Rentensystem), sondern Bürokratieabbau
- Im Sinne ihrer neoliberalen Agenda spricht sich die AfD auch für die Einhaltung der Schuldenbremse aus, was die Machbarkeit von an anderen Stellen geforderten Investitionen (z.B. im Bereich der Förderung von Familien mit Kindern) in Frage stellt

Arbeitsmarkt & Sozialpolitik (S. 34-38 + S. 61 – 9.2)

- Wenig konkrete Vorschläge → Grundsatz- und Sozialprogramm kreisen v.a. um die Frage der Finanzierung des Sozialversicherungssystems: „Die wesentliche Ursache für die Verwerfungen in unseren Sozialsystemen ist die demografische Krise.“
- Eine prosperierende Wirtschaft wird als die beste Sozialpolitik verstanden, nicht etwa ausgleichende Maßnahmen (trickle-down-Effekt)
- „Schlechte Wirtschaftspolitik ist eben auch schlechte Sozialpolitik, und sie trifft zuerst immer die Normalbürger, die arbeiten und Steuern zahlen.“ (Weidel 2018)
- Um die „Krise des Sozialstaats“ zu überwinden, will die AfD daher die Vermögens- und Erbschaftssteuer abschaffen
- Neben neoliberaler Wirtschaftspolitik sieht die AfD die Stärkung der „traditionellen Kleinfamilie“ (Steuerentlastungen von Familien mit Kindern, früherer Renteneintritt...) als ein weiteres Mittel der Wahl an, um (zukünftige) Finanzierungsschwierigkeiten bei der Kranken- und Rentenversicherung durch eine höhere Geburtenrate zu vermeiden

Arbeitsmarkt & Sozialpolitik (S. 34-38 + S. 61 – 9.2)

- Soziale Ungleichheit, Armut oder Wohnungslosigkeit wird im Grundsatzprogramm so gut wie gar nicht thematisiert, da sie als Nebeneffekt der marktförmigen Konkurrenz grundsätzlich nicht als problematisch angesehen wird
- Als eine der wenigen Ausnahmen wird der Mindestlohn als notwendiges Übel anerkannt. Aussagen zur Höhe bzw. einer Erhöhung gibt es nicht. Seine Notwendigkeit wird zudem in vielen Bundestagsreden durch eine Kritik an der zu wenig liberalen Wirtschaftspolitik und dem Druck auf den Arbeitsmarkt durch die Migration begründet
- Keinen positiven Bezug auf Gewerkschaften, soziale Bewegungen o.Ä., sondern eher indirekte Hinweise auf ein Unterlaufen/Deregulierungen ihres Einflussbereichs
- Unkonkrete Formulierungen zum Renteneintrittsalter lassen eine Erhöhung durch die Hintertür erwarten
- Die geplante Regionalisierung von Zuständigkeiten erhöht die Gefahr von Deregulierungen (z.B. bei der Agentur für Arbeit)
- Lediglich auf dem Feld der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik weicht die Partei also hin und wieder leicht von ihrer strikt neoliberalen Ausrichtung ab, was in diametralem Gegensatz zur Außendarstellung des Grundsatzprogramms steht, über das Meuthen 2016 sagte: „*Wir wollen in den unteren Einkommensbereichen massive Entlastungen haben.*“

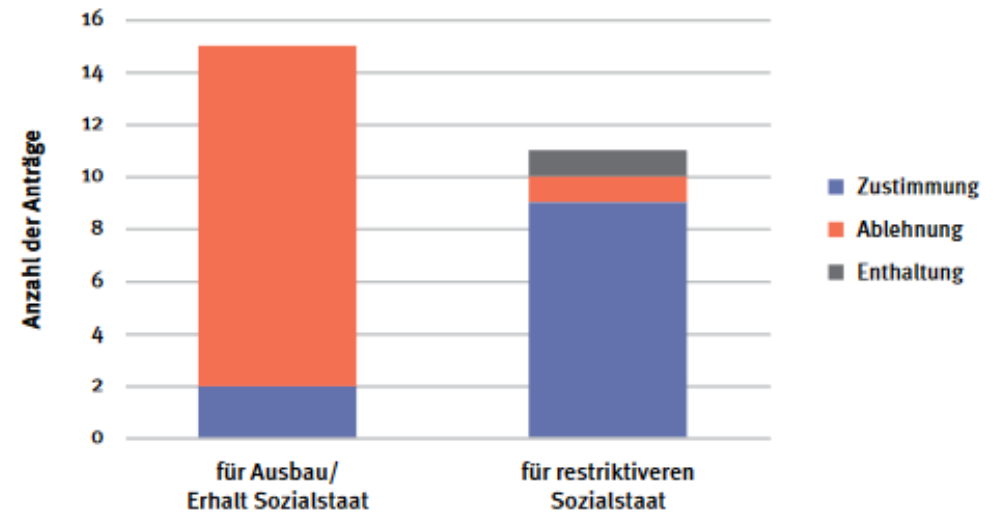
ERGÄNZUNG

Wie verhält sich die AfD in der täglichen Arbeit?

- Die AfD-Fraktion stimmt in Fragen des Sozialstaats im Bundestag zu 75 % wie die FDP ab (Otto Brenner Stiftung 2021)
- Zentrale Begründungen für das Abstimmungsverhalten in den Reden: Asylsuchenden und Migrant:innen den Zugang zu Sozialleistungen verwehren
- Die negativen Folgen treffen alle

Abbildung 2

Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag bei Anträgen mit unmittelbarem Bezug zur Ausgestaltung des Sozialstaates



Quelle: Eigene Darstellung. Grundlage sind 26 Anträge im Zeitraum 2018-2020.

Anstieg des
Mindestlohns

ABGELEHNT

Ausweitung
des Streikrechts

ABGELEHNT

Allgemein-
verbindlichkeit
von
Tarifverträgen

ABGELEHNT

Mindestvergütung
für Auszubildende

ABGELEHNT

Stärkere
Tarifbindung
in Baden-
Württemberg

ABGELEHNT

Entlastung für
Gering-
verdienende bei
Sozialversicherung

ABGELEHNT

Mietpreis-
bremse

ABGELEHNT

Höhere
Besteuerung
von Spitzen-
verdiener*innen

ABGELEHNT

Coronaprämie
für system-
relevante
Beschäftigte

ABGELEHNT

Vermögens-
steuer für
Multi-
millionär*innen

ABGELEHNT

Milliarden
für den
sozialen
Wohnungsbau

ABGELEHNT

ERGÄNZUNG

- Die Forderung von sozialer Politik bei gleichzeitig neoliberalen Abstimmungsverhalten hat Tradition in faschistischen Parteien
- Soziale Missstände werden aufgegriffen, um sich medial als „Arbeiterpartei“ zu inszenieren
- Eigentlich werden Kämpfe für die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen durch rassistischen Ausschluss aber geschwächt
- Das AfD-Paradoxon:
*„Menschen, die die AfD unterstützen, würden am stärksten unter der AfD-Politik leiden, und zwar in Bezug auf fast jeden Politikbereich: Wirtschaft und Steuern ebenso wie Klimaschutz, soziale Absicherung, Demokratie und Globalisierung. Dieses Paradox scheint mit einer falschen Selbsteinschätzung vieler AfD-Wähler*innen und mit einer Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Realität zusammenzuhängen.“* (Fratzcher 2023)

Armen-Verächter

Tino Chrupalla

Bundsvorsitzender



Tino Chrupalla ist der Meinung, nur Menschen, die Leistung erbringen, dürfen auch Geld erhalten. Konkret sieht er die Lösung des aktuellen Fachkräftemangels in der Arbeitsverpflichtung von Hartz-IV-Empfänger*innen und Arbeitslosen: *„Wir haben 2,5 Millionen Hartz-IV-Empfänger - also da wird ja wohl jemand dabei sein, der die Koffer aus dem Flugzeug aufs Band legen kann.“*

Immobilien-Lobbyistin

Alice Weidel

Bundsvorsitzende



Weidel steht fest an der Seite der Immobilienwirtschaft und ist gegen eine Mietpreisbremse. Die AfD stimmte als einzige Partei im Bundestag gegen den Bau von Sozialwohnungen. Dazu Weidel: *„Sozialer Wohnungsbau kann Engpässe überwinden, aber langfristig müssen wir das schon dem Gleichgewicht des Marktes überlassen. Wir können keine planwirtschaftlichen Mengengrößen setzen.“*

Waschechter Nazi

Björn Höcke

Fraktionsvorsitzender in Thüringen



Höcke ist Anhänger der Idee einer faschistischen Volksgemeinschaft und deutet die soziale Frage völkisch um: *„Die soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung von Volksvermögen von Oben nach Unten, ... die deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Verteilung des Volksvermögens von Innen nach Außen.“* Entsprechend hetzt er gegen soziale Bewegungen: *„die Gewerkschaften (...), lösen unser liebes, deutsches Vaterland auf wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl.“*

Sündenbock-Ideologe

René Springer

Sozialpolitischer Sprecher, MdB



Springer stellt sich als Interessenvertreter der Steuerzahler*innen dar, nur um seine rassistischen Ansichten anschlussfähig zu machen: *„Wir fordern eine strikte Begrenzung der Zuwanderung. Ausreisepflichtige Ausländer sind zudem konsequent abzuschieben, um die Steuer- und Beitragszahler zu entlasten.“*

Der rassistische Hetzer

Gottfried Curio

Innenpolitischer Sprecher



Der innenpolitische Sprecher der AfD hetzt gegen Migrant*innen und Flüchtende. Unter dem Motto *„Sozialstaat für unsere Bürger statt Asyl-Missbrauchs-Paradies“* macht er Schutzsuchende für Wohnungsnot, Kriminalität und sinkende Lebensqualität verantwortlich.

Tatsachen-Verdreher

Martin Reichardt

Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt



Martin Reichardt sieht den Feminismus als Ursache aller sozialen Probleme, der unser Land und unsere Sozialsysteme bedrohen würde. Auch an der Inflation sei der Feminismus schuld: *„Feministen haben durch gewaltige Teuerungsraten bei Lebensmitteln, Energie-Kraftstoffen die Existenznot ärmerer Familien und auch von Frauen dramatisch verschärft.“*

TEXTARBEIT GRUNDSATZPROGRAMM (2016)

- Weiterführende Infos:

- <https://afdnee.de/faktencheck/>
- <https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/argumente-gegen-die-afd/links/>
- <https://www.otto-brenner-stiftung.de/afd-radikalisiert-und-etabliert/>
- https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/gender_und_rechtsextremismus.pdf